



Nach Plan der Regierung sollten minderjährige Asylwerber schneller in Obso-rger der Länder

HERBERT KICKL

**Fakten**

**Am 27. Dezember** wurde die Freiwillige Feuerwehr Steyregg zu einem Einsatz in eine Asylunterkunft gerufen. Dabei wurden die Einsatzkräfte laut Berichten „massiv bedrängt und attackiert“. Aufgrund des Vorfalles wurde ein Sicherheitsgipfel einberufen

**Fehlalarme**

Ab September ist es in der Flüchtlingsunterkunft der Bundesbetreuungsgesellschaft zu insgesamt 15 Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr gekommen. 13 Mal waren es offenbar bewusst von einem jungen Asylwerber provozierte Fehlalarme, zwei Mal hat es tatsächlich gebrannt

**60**

**Personen** Beim Asylgipfel wurde beschlossen, dass die Belegung der Einrichtung mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen von zuletzt 120, als die Vorfälle eskaliert sind, auf maximal 60 Personen reduziert und der Betreuungsschlüssel erhöht wird

# Asyl: „Schnelle Obsorge“ ist gescheitert

**Unbegleitete Minderjährige.** Vorfälle in einem Großquartier für Jugendliche in Steyregg machen Defizite deutlich: Es mangelt an Quartieren, Geld – und Verantwortung. Regierung will jetzt zumindest die Kosten neu regeln

VON RAFFAELA LINDORFER

Jugendliche, die einen Müllcontainer anzünden, um das Feuer tanzen und dann die einschreitenden Feuerwehrleute „massiv bedrängen und attackieren“: Dieser Vorfall in einem Asylquartier in Steyregg (OO) hat kurz nach Weihnachten für Aufsehen gesorgt. Bei einem Sicherheitsgipfel vergangene Woche wurde beschlossen, dass nun die Belagszahl halbiert und die Zahl der Betreuer aufgestockt werden soll.

Die Maßnahme zeigt ein gewisses Problembewusstsein. Dass es in einem Quartier, in dem 120 Jugendliche aus neun Nationen auf engstem Raum leben und kaum Beschäftigung haben, (wiederholt) kracht, dürfte niemanden überrascht haben.

**Verantwortung**

Für Asylexperte Lukas Gahleitner-Gertz zeigt die Causa Steyregg einmal mehr, dass Bundeseinrichtungen „nicht kinderäquivalent“ seien, wie er sagt. Es fehlt an Platz, Betreuung und Beschäftigung. Die Großquartiere des Bundes sind eigentlich nur als Zwischenstopp gedacht. Gleich nach der Zulassung zum Asylverfahren sollten Asylwerber in kleinere Landesquartiere übersiedeln und dort für die Dauer ihres Verfahrens versorgt werden.

Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern geflüchtet sind, kommen damit automatisch in die Obsorge des jeweiligen Landes – und damit haftet das Land auch, wenn der Jugendliche etwas anstellt. „Alleine aus dieser rechtlichen Verantwortung heraus stellen die Länder eine bessere Unterbringung und Versor-

gung sicher“, erklärt Gahleitner-Gertz.

Allerdings: Quartiere, die speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendliche ausgerichtet sind, sind rar. Der Tagsatz für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling (UMF) von 95 Euro sei nie an die Inflation angepasst worden, deshalb finde sich kaum ein Trägerverein für ein entsprechendes Heim, erklärt er. (*Zum Vergleich: Für Waisen, die sich in der Obsorge der Kinder- und Jugendhilfe befinden, gibt es rund 200 Euro am Tag.*) Und so bleiben viele minderjährige Flüchtlinge eben in Bundesquartieren hängen.

**Realkosten**

Die Problematik ist nicht neu. ÖVP und Grüne haben in ihrem Regierungsprogramm eine „schnelle Obsorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch die Kinder- und Jugendhilfe und Berücksichtigung des Kindeswohls im Asylverfahren“ vereinbart. Ein Gesetzesvorschlag, den das Justizministerium im Mai 2022 vorgelegt hat, dürfte aber am Widerstand der Länder gescheitert sein.

Der Vorschlag ist vom Tisch, wie man hört. Stattdessen liegen nun die Hoffnungen auf einem Projekt von Innenministerium und der Stadt Wien, das im November 2023 gestartet wurde: Bis zum Sommer sollen die realen Kosten für die Versorgung von Asylwerbern evaluiert werden. Bund und Länder würden sich die Realkosten dann 60 zu 40 aufteilen. Ob die Länder bereit sind, mehr zu zahlen als jetzt, und sich dann noch genügend Quartiere finden lassen, steht auf einem anderen Blatt.

## Jugend im Exil: „Hier etwas aufbauen, die Heimat aufgeben“

Eine Asylunterkunft in Wien-Penzing zeigt, wie wichtig intensive Betreuung ist

**Reportage**

VON FABIAN BALBER

Wumms! Ein Mädchen schlägt die Badezimmertür zu. Es hält durch die leeren Gänge der Altbauwohnung. Die großen Fenster fluten die Zimmer mit Licht. Auf einem ungemachten Bett sitzt eine Gruppe von Jugendlichen. Als sie die Erwachsenen bemerken, werfen sie ihnen genervte Blicke zu. Und wieder: Wumms!

Eltern von Teenagern mag dieses Verhalten bekannt vorkommen. Doch bei diesen Kindern handelt es sich nicht um gewöhnliche: Sie sind unbegleitete Kinderflüchtlinge aus der Ukraine. Hier, in der Einrichtung des Vereins Tralalobe in Wien-Penzing sind sie gut 700 Kilometer von der nächsten Grenze ihrer Heimat entfernt.

**Fremde Jugendjahre**

Sich um 15 Teenager im Alter von 14 bis 18 Jahren zu kümmern, ist nicht immer einfach, wie Christoph Fleischer, Leiter der Einrichtung, und seine Stellvertreterin Lara Smech schildern. Gemeinsam mit acht weiteren Betreuern versuchen sie, die Jugendlichen auf ihrem Weg zu begleiten. Neben einer „pädagogischen Erziehung“ gibt es auch regelmä-

ßig psychologische Gespräche mit den Kindern. Auf einer Bank liegt ein Mädchen. Sie hat Kopfhörer auf den Ohren und schaut auf ihr Handy. Die beiden Betreuer würdigt sie keines Blickes. „Das sind Jugendliche in der Pubertät. Die ist schon schwer genug“, sagt Lara Smech mit einem Augenzwinkern.

Dass ihre Situation keine einfache ist, zeigt sich schon bei der Bildung. Die Kinder hatten bis zum Zeitpunkt des Angriffskrieges Russlands eine normale Schullaufbahn. Für viele sei es ein Rückschritt, jetzt mit Deutschkursen von vorne anzufangen, so Christoph Fleischer. Hinzu kommt: „Die Kinder haben das Gefühl, wenn sie sich hier etwas aufbauen, dann

geben sie ihre Heimat auf“, erklärt Betreuerin Smech.

Zu kämpfen haben die Kinder auch mit Frustration und Ängsten – gerade, wenn die russischen Truppen vorrücken. Manche haben ihre Eltern bereits im Krieg verloren, andere wurden von ihnen nach Österreich geschickt, damit sie in Sicherheit sind.

Doch es gebe auch kleine, schöne Momente. „Wenn man gemeinsam beim Essen sitzt und die Ausgelassenheit der Kinder trotz verschiedener Traumata wahrnimmt“, erzählt Smech mit einem Lächeln.

**Geld reicht nicht**

Kleine Einrichtungen mit gutem Betreuungsschlüssel stehen finanziell stark unter Druck: Der Tagsatz von 95



Betreuer bei Tralalobe: Fleischer, Diendorfer und Smech

Euro reicht nicht aus für Unterkunft, Essen, Kleidung, Schulsachen, Freizeitgestaltung und Betreuungspersonal. Vereine wie Tralalobe sind deshalb auf Spenden angewiesen.

In Wien läuft derzeit ein Pilotprojekt zur Erhebung der Realkosten (*siehe links*) – das habe die Situation etwas einfacher gemacht, erklärt Geschäftsführer Andreas Diendorfer. Außerhalb Wiens würden die Häuser aber um ihre Existenz bangen. „Das Geld, das rein kommt, wird durch die Inflation immer weniger wert und die Ausgaben werden durch die Teuerung höher“, erklärt er.

Tralalobe hat noch zwei Einrichtungen in Niederösterreich, in Wien soll demnächst eine weitere Unterkunft für 15 Kinderflüchtlinge eröffnen. Zudem soll wieder ein breit aufgestelltes Team aufgebaut werden, so Geschäftsführer Diendorfer. In dem Haus mit Garten sollen nicht ausschließlich Ukrainer, sondern andere Nationalitäten ein Zuhause finden.

Dass es einen dringenden Bedarf gibt, zeigen die Vorfälle im Großquartier Steyregg. In Wien-Penzing brennen keine Müllcontainer, stattdessen – Wumms – fliegt zum dritten Mal die Badezimmertür zu.

Geheimnisse über die FPÖ nach Russland gelangten, gibt es nicht. Dass die FPÖ enge Kontakte zu Russland pflegte, ist wiederum evident. Unter Türkis-Blau, mit Innenminister Kickl und Verteidigungsminister Mario Kunasek, kontrollierte die FPÖ alle drei Nachrichtendienste. „Das nährte offenbar die Befürchtung, dass sensible Informationen, wenn man diese mit den österreichischen Diensten teilte, in falsche Hände geraten könnten“, erklärt Riegler.

Die Sorge, dass Erkenntnisse über die FPÖ nach Moskau gelangen könnten, soll laut FAZ 2018 auch Deutschland Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geäußert haben. Und zwar bei einem Besuch ihres Amtskollegen Sebastian Kurz (ÖVP) in Berlin. Beide Seiten dementierten.

Die rechtswidrige Razzia im Nachrichtendienst BVT, im Februar 2018, verstärkte das Misstrauen noch einmal. Wie ist die Situation heute? Im Bereich der inneren Sicherheit habe Österreich seit 2021 mit der Reform des Verfassungsschutzes viel aufgeholt, sagt Riegler: „Mittlerweile gibt es andere Sorgenkinder in Europa. Stichwort Ungarn, aber nicht nur.“

# Warum Geheimdienste der FPÖ misstrauen

**EU.** Die Blauen knüpften ab 2008 enge Kontakte zu Russland, EU-Staaten fürchteten Geheimnisverrat. Unter Herbert Kickl sei die Nähe zu Moskau aber „weniger stark ausgeprägt“, sagt Experte Riegler

VON MICHAEL HAMMERL

„Man kann ein Stinktier nicht überstinken“, stellte Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), am Sonntag in der ORF Pressestunde fest. Deshalb empfahl er der ÖVP, „nicht noch populistischer“ als die FPÖ – aus seiner Sicht das Stinktier – zu sein. Webers Attacke gegen FPÖ-Chef Herbert Kickl blieb nicht unkommentiert. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker sprach von einer „ORF-Hetzstunde“, „linker Propaganda“ und forderte „Konsequenzen“.

Auslöser des Stinktier-Vergleichs waren die guten Umfragewerte rechtspopulistischer sowie europakritischer Parteien in vielen EU-Staaten – und die Frage, ob christlich-konservative Parteien mit ihnen zusammenarbeiten sollten. Weber verneinte: EVP-Bündnispartner müssten „pro Europa, pro Ukraine, pro Rechtsstaat“ sein.

Auf die FPÖ treffe das nicht zu, betonte Weber. Im Gegenteil: Sie stelle die Ukraine auf eine Stufe mit Russland. Deswegen sei auch Kickl, von 2017 bis 2019 Innenminister, von seinen EU-Amtskollegen mit Vorbehalt aufgenommen worden: Man



Kickl hatte als Innenminister in Brüssel einen schweren Stand

habe den Eindruck gehabt, das alles, was im Innenministerium gesagt werde, an Moskau weitergegeben werde. Ein schwerer Verdacht, aber auch ein berechtigter?

**Feindbild USA**

„Rechte Parteien und Russland eint ein gemeinsames ideologisches Feindbild: Liberalismus, multikulturelle Gesellschaften, die Vorherrschaft der USA und die Globalisierung“, sagt Nachrichten-

experte Thomas Riegler zum KURIER. In seinem Buch „Österreichs geheime Dienste“ hat Riegler die Annäherung zwischen FPÖ und Moskau ab 2008 nachgezeichnet: Von inoffiziellen, blauen Wahlbeobachtern beim umstrittenen Referendum auf der Krim, bis zu Außenministerin Karin Kneissl, die Präsident Wladimir Putin zu ihrer Hochzeit lud und vor ihm knickte. Höhepunkt: 2016 besuchte eine



FPÖ-Chef Weber bezeichnet die FPÖ implizit als „Stinktier“

FPÖ-Delegation Moskau, um eine „Vereinbarung über Zusammenarbeit und Kooperation“ mit Putins Partei „Einiges Russland“ zu unterzeichnen. Der Vertrag wurde 2021 für nichtig erklärt, ein Ausstieg ist aber erst 2026 möglich. Beinahe die gesamte FPÖ-Spitze reiste an: Johann Gudenus, Norbert Hofer, Heinz-Christian Strache. Nicht dabei: Herbert Kickl.

„Die Nähe der FPÖ zu Russland ist unter Kickl weni-

ger ausgeprägt, als das noch unter Strache der Fall war“, sagt Riegler. Warum setzt sich Kickl dann für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland ein? „Kickl argumentiert hier vor allem wirtschaftspolitisch und verspricht einfache Lösungen in Sachen Teuerung und Energiefragen, die es so nicht geben wird.“

**Andere Sorgenkinder**

Konkrete Anhaltspunkte, dass nachrichtendienstliche

## IM NAMEN DER REPUBLIK

**URTEILSVERÖFFENTLICHUNG:**

Das Landesgericht Wiener Neustadt erkennt in der Rechtssache der klagenden Partei **Billa Aktiengesellschaft**, IZ NO Süd, Straße 3, Objekt 16, 2355 Wiener Neudorf, vertreten durch Dorda Rechtsanwälte GmbH, Universitätsring 10, 1010 Wien, gegen die beklagte Partei **Lidl Österreich GmbH**, Unter der Leiten 11, 5020 Salzburg, vertreten durch Höhne, In der Maur & Partner Rechtsanwälte GmbH & Co KG, Mariahilfer Straße 20, 1070 Wien, wegen 1.) Unterlassung nach dem UWG, 2.) Urteilsveröffentlichung (Gesamtstreitwert: EUR 60.000,-), nach öffentlicher mündlicher Verhandlung zu Recht:

I. Die beklagte Partei ist schuldig, 1.) ab sofort im geschäftlichen Verkehr in Österreich die Aussage „Wir haben den günstigsten Familien-Warenkorb“ zu unterlassen, wenn beim zugrunde gelegten Preisvergleich nicht vergleichbare Produkte verglichen wurden, und/oder kurzfristig gültige Aktionspreise der beklagten Partei mit Normalpreisen von Mitbewerbern verglichen wurden und/oder bei Mitbewerbern nicht die günstigsten vergleichbaren Produkte herangezogen wurden.

Landesgericht Wiener Neustadt  
Ger. Abt. 41, am 29.12.2022  
Mag. Daniela Bernart-Kysely  
RichterIn